

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses

Sitzungstermin:	Freitag, 24.04.2026, 14:00 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	14:00 Uhr
Ende:	15:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Mitglieder

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Vertretung für: Rochus Jonas

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE

Herr Gordon Schnepel - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Vertretung für: Thorsten Wendt

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS

Frau Silke Arning - BIBS/Robert Glogowski

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Jona Ebert - Bürgermitglied

Herr Dr. Volker Garbe - Bürgermitglied

Herr Wilfried Kluth - Bürgermitglied

Frau Barbara Räder - Bürgermitglied

Frau Dr. Natalie von Kaehne - Bürgermitglied

Herr Manfred Weiß - Bürgermitglied

Herr Stefan Lange - vom Vorstand des
Behindertenbeirates bestimmter Vertreter

Frau Heiderose Wanzelius - vom Umweltzentrum
benannte Vertreterin der Umweltverbände

Herr Thede Böschchen - Vertreter des
Jugendparlaments

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.03.2026
3. Mitteilungen
- 3.1. Sachstand zum Projekt „Mobile Spiel-, Bewegungs- und Aufenthaltsangebote für Braunschweig“ 26-28663
- 3.2. Treibhausgasbilanz für Braunschweig – Aktualisierung bis 2023 26-28801
4. Anträge
5. Überschwemmungsgebiet der Schunter zwischen der östlichen Stadtgrenze und dem Borwall 26-28517
6. Kommunale Wärmeplanung (KWP) für Braunschweig - Endbericht 26-28762
7. Anfragen
- 7.1. Sachstandsanfrage: Naturwald-Entwicklung im Querumer Forst 26-28738
- 7.1.1. Sachstandsanfrage: Naturwald-Entwicklung im Querumer Forst 26-28738-01
- 7.2. CO2-Emissionen im Rahmen der Altholzverbrennung im Heizkraftwerk 26-28513
- 7.2.1. CO2-Emissionen im Rahmen der Altholzverbrennung im Heizkraftwerk 26-28513-01
- 7.3. Mündliche Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld eröffnet die Sitzung und stellt nach der Begrüßung fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses somit gegeben ist. Es werden keine Dringlichkeitsanfragen eingebracht. Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig ungeändert angenommen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.03.2026

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld fragt nach Ergänzungen zum Protokoll der Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses vom 04.03.2026. Es werden keine Ergänzungen eingebracht.

Das Protokoll wird zur Abstimmung gestellt und unverändert bei einer Enthaltung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

3. Mitteilungen

3.1. Sachstand zum Projekt „Mobile Spiel-, Bewegungs- und Aufenthaltsangebote für Braunschweig“ 26-28663

Stadträtin Hanusch und Herr Loose führen in die Mitteilung ein. Herr Loose fügt hinzu, dass für die Schwinganlage inzwischen Angebote vorlägen und die Beauftragung in Kürze erfolgt.

Ratsfrau Ohnesorge erkundigt sich nach potentiellen Auswirkungen auf Bestandsspielplätze durch die Beschaffung des mobilen Angebots. Stadträtin Hanusch versichert, dass die Beschaffung nicht auf Kosten von Bestandsspielplätzen erfolgt. Die Eigenmittel würden aus dem separaten Topf des Förderprogramms „Resiliente Innenstädte“ aufgebracht. Herr Loose ergänzt, dass die Finanzmittel für die Unterhaltung des mobilen Spielangebots aus dem Teilhaushalt des Fachbereichs Stadtgrün stammen werden und dies Auswirkungen auf die Bestandsspielplätze habe.

Auf die Rückfrage von Ratsherr Dr. Plinke bestätigt Herr Loose, dass die einzelnen Beschaffungsmaßnahmen der Spielgeräte unterhalb der Beteiligungsschwelle für den Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben seien.

Protokollnotiz: Herr Loose verlässt um 14:11 Uhr die Sitzung.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28663 wurde zur Kenntnis genommen.

3.2. Treibhausgasbilanz für Braunschweig – Aktualisierung bis 2023

26-28801

Die Mitteilung ergeht ohne Vorstellung.

Protokollnotiz: Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Vorlage entgegen der Aussage in der Sitzung regulär mit der Einladung versandt – also nicht nachversandt – wurde.

Ratsherr Kühn kündigt einen umfangreicheren Fragenkatalog an, deren Beantwortung sodann zur nächsten Sitzung erfolgen solle.

Die Nachfrage von Ratsfrau Ohnesorge nach einem Vergleich zum Anteil der Erzeugung erneuerbarer Energien in ähnlich strukturierten Kommunen verneint Herr Gekeler. Da Braunschweig eine kreisfreie Stadt mit geringem Freiflächenanteil ist, gäbe es keine vergleichbaren Daten hierzu. Weiterhin verweist er auf das weitere Berichtswesen sowie die aktuell laufenden Projekte zur Erzeugung von Solar- und Windstrom.

Auf die Frage von Ratsherr Dr. Plinke nach der Veröffentlichung des Transformationsplans von BS|Energy verweist Herr Gekeler auf die Aussagen von Herrn Dr. Lang aus der Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses am 04.03.2026. Es seien gemeinsame Informationsveranstaltungen zur KWP und dem Transformationsplan ab Sommer 2026 geplant.

Ergebnis:

Die Mitteilung 26-28801 wurde zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

5. Überschwemmungsgebiet der Schunter zwischen der östlichen Stadtgrenze und dem Borwall

26-28517

Stadträtin Hanusch führt kurz in die Vorlage ein, weist auf die positiven Beschlussfassungen in den Stadtbezirksräten hin und bittet um Zustimmung. Es bestehen keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld lässt im Anschluss über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

„Die als Anlage beigefügte „Verordnung über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Schunter im Bereich zwischen der östlichen Stadtgrenze und dem Borwall“ einschließlich der anliegenden Karten wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Stadträtin Hanusch führt in das Thema ein und übergibt für die Vorstellung des Endberichts an Herrn Siemon vom Fachbereich Umwelt. Danach beantworten Herr Siemon, Herr Gekeler und Stadträtin Hanusch ausführlich die Fragen der Ausschussmitglieder. Kernpunkte der Diskussion sind die Nutz- und Verfügbarkeit der Informationen sowie die Herausforderungen der Wärmewende. Die Ausschussmitglieder bringen ihre Anerkennung zur Erstellung des umfangreichen Berichts zum Ausdruck.

*Protokollnotiz: Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Vorlage entgegen der Aussage in der Sitzung regulär mit der Einladung versandt – also nicht nachversandt – wurde. Informationen über die KWP sind auf der Seite der Stadt Braunschweig verfügbar:
<https://www.braunschweig.de/leben/umwelt/klimaschutz/waermeplanung/index.php>*

Ratsherr Schnepel erkundigt sich nach der Verfügbarkeit und Bewerbung der KWP bei den Nutzungsgruppen. Herr Siemon führt zielgruppenorientierte Formate der geplanten Öffentlichkeitsarbeit auf. Stadträtin Hanusch ergänzt, dass neben den Stadtbezirksräten weitere Multiplikatoren aktiviert und geschult werden sollen. Herr Gekeler weist darauf hin, dass die KWP über Netzwerke wie bspw. die Deutsche Energieagentur (DNA) an die Energieversorger herangetragen werden solle. Auf Rückfrage durch Ratsfrau von Gronefeld konkretisiert Herr Siemon in welchen Formaten insbesondere die Teilgebietssteckbriefe veröffentlicht werden. Eine Einbindung in das FRISBI-Geoportal sei geplant, um gezielt auf den jeweiligen Steckbrief zugreifen zu können.

Herr Siemon regt den Kontakt zum Wärmebeirat an, da Ratsfrau Ohnesorge durch Mieterhöhungen die soziale Komponente der Wärmewende im Fokus sieht. Stadträtin Hanusch betont, dass durch die KWP keine Anschlusszwänge entstünden und lediglich entscheidungsrelevante Informationen zur besseren Planung zur Verfügung gestellt würden.

Ratsherr Dr. Plinke bringt mehrere Fragen ein. Zur Senkung des Wärmebedarfs erklärt Herr Siemon, dass diese nicht nur über energetische Sanierungen, sondern auch durch den allgemeinen Anstieg der Durchschnittstemperatur erfolge. Der Wärmebedarf solle 2040 im Wesentlichen über Fernwärme und elektrische Energie gedeckt werden. Zur wirtschaftlichen Beteiligung an Windenergieerzeugung weist Herr Gekeler darauf hin, dass dies über einen politischen Auftrag geprüft werden könne. Die erste Evaluierung 2030 begründet Herr Siemon u. a. mit der zeitverzögerten Verfügbarkeit der Daten. Herr Siemon geht dann auf die Interpretation der Daten in den Teilgebieten ein.

Ratsfrau von Gronefeld verweist auf die derzeit im Bundestag diskutierte Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und stellt fest, dass die Wahl der Heizquelle von übergeordneten Faktoren abhängen könne, wenn bspw. die Gasversorgung lokal eingestellt werde.

Protokollnotiz: Ratsherr Täubert ist von 15:00 Uhr bis 15:01 Uhr abwesend.

Die Frage von Ratsfrau Arning nach einer Rechtssicherheit der KWP muss Herr Siemon verneinen. Man könne aber Vorverträge bei dem Wärmenetz-Betreiber anfragen. Bezüglich der Prüfung der KWP durch das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie teilt er mit, dass diese u. a. zur Qualitätssicherung und Vergleichbarkeit der Daten diene.

Frau Wanzelius wirft die Frage nach der Absicherung elektrischer Wärmepumpen gegenüber Katastrophenfällen und Kosten-Monopolisierung auf. Herr Gekeler sieht kein erhöhtes Risiko, da unabhängig vom Energieträger die Steuerung aller Heizungsanlagen elektronisch erfolge und die Preise für fossile Energieträger ebenfalls volatil seien. Stadträtin Hanusch weist auf die notwendigen Investitionen zur Umstellung der Wärmeversorgung und Instrumente zur transparenten Preisgestaltung hin.

Herr Siemon beantwortet Verständnisfragen des Ratscherrn Kühn zum Anteil nicht beheizter Gebäude in den Clustern und zu den Emissionen bei der Stromerzeugung. Er stimmt zu, dass für die energetische Sanierung die KfW-Bundesförderung von zentraler Bedeutung sei. Ratscherr Kühn und Herr Siemon gehen auf das Problem der Verockerung bei grundwassergeführter Geothermie ein. Stadträtin Hanusch bestätigt, dass die Zeitschiene für die Vorstellung in den Stadtbezirksräten voraussichtlich mindestens den Sommer/Herbst 2026 umfassen werde.

Protokollnotiz: Ratscherr Möller ist von 15:15 Uhr bis 15:19 Uhr abwesend. Ratsfrau Lerche ist von 15:15 Uhr bis 15:18 Uhr abwesend.

Ratscherr Wirtz äußert die Befürchtung, dass die KWP nach Veröffentlichung der Ausbaupläne des Stromnetzes Ende Oktober überholt sein könne. Herr Siemon kann dies ausräumen, da sich die Ausbaupläne nach der KWP richten müssten. Herr Siemon sieht die Belastbarkeit des Stromnetzes ebenfalls als eine komplexe Herausforderung, die gesamtgesellschaftlich betrachtet werden müsse, um den Gesamtbedarf der Stromnutzung sowie -erzeugung weiterhin zuverlässig abzudecken.

Protokollnotiz: Herr Lange ist von 15:20 Uhr bis 15:23 Uhr abwesend. Bürgermitglied Weiß verlässt um 15:25 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratscherr Schnepel begründet Herr Gekeler, warum die KWP mit den vorhandenen Personal- und Finanzressourcen leistbar wäre.

Ratscherr Kühn äußert Ambivalenz bezüglich der Tatsache, dass ab 2040 keine privaten Gasheizungen mehr vorgesehen seien. Stadträtin Hanusch postuliert, dass die Verwaltung gut aufgestellt sei, um bei entsprechender Bundesgesetzeslage auch auf einen Ausstieg aus fossilem Erdgas im Wohnsektor mit der KWP zu reagieren.

Stadträtin Hanusch strebt die Beantwortung des Fragenkatalogs der Fraktion B90/Die Grünen bis zum 27.04. an, vorbehaltlich der Zuarbeit durch Dritte und bewirbt darüber hinaus den Runden Tisch am 21. Mai 2026.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld lässt im Anschluss über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

„Die Kommunale Wärmeplanung (KWP) wird nebst Maßnahmenkatalog, Kartenkatalog und den Teilgebiets-Steckbriefen beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 3

7. Anfragen

7.1. Sachstandsanfrage: Naturwald-Entwicklung im Querumer Forst 26-28738

Ergebnis:

Zur Beantwortung liegt die Stellungnahme 26-28738-01 vor.

7.1.1. Sachstandsanfrage: Naturwald-Entwicklung im Querumer Forst 26-28738-01

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht. Auf eine Verlesung wird verzichtet.

Auf die Rückfrage von Ratsherrn Schnepel bestätigt Herr Gekeler, jedes geborene Kind auch bei Mehrlingsgeburten einzeln erfasst und berücksichtigt werde.

Ergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

7.2. CO2-Emissionen im Rahmen der Altholzverbrennung im Heizkraftwerk 26-28513

Ergebnis:

Zur Beantwortung liegt die Stellungnahme 26-28513-01 vor.

7.2.1. CO2-Emissionen im Rahmen der Altholzverbrennung im Heizkraftwerk 26-28513-01

Die Stellungnahme wurde bereits im Vorfeld zur Sitzung über das Ratsinformationssystem sichtbar gemacht. Auf eine Verlesung wird verzichtet. Es bestehen keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

Ergebnis:

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

7.3. Mündliche Anfragen

Es werden keine mündlichen Anfragen eingebracht.

Stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau von Gronefeld stellt fest, dass der Umwelt- und Grünflächenausschuss alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und der nicht-öffentliche Teil entfällt, da keine nicht-öffentlichen Mitteilungen, Anträge oder Anfragen vorliegen. Sie schließt die Sitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses daher um 15:45 Uhr.

gez.
von Gronefeld
Stellv. Ausschussvorsitzende

gez.
Hanusch
Stadträtin

gez.
Gagnon
Protokollführung